

Antrag

der Abgeordneten Andrea Nunne, Sina Aylin Koriath, Maryam Blumenthal, Eva Botzenhart, Rosa Domm, Olaf Duge, Michael Gwosdz, Sonja Lattwesen, Dominik Lorenzen, Zohra Mojadeddi, Johannes Alexander Müller, Lisa Maria Otte, Dr. Miriam Putz, Ulrike Sparr (GRÜNE) und Fraktion

und

der Abgeordneten Philine Sturzenbecher, Nils Hansen, Julia Barth-Dworzynski, Matthias Czech, Astrid Hennies, Clarissa Herbst, Vanessa Mohnke, Anja Quast, Juliane Timmermann (SPD) und Fraktion

Betr.: EU-Schulprogramm: Kostenloses Obst und Gemüse in Bio-Qualität

Hamburg nimmt ab dem Schuljahr 2023/2024 am EU-Schulprogramm teil. Im Rahmen dieses Programms können rund 40 Hamburger Grundschulen teilnehmen, um ihren Schüler*innen mehrmals pro Woche Obst und Gemüse sowie Milch kostenfrei anzubieten. Das Programm soll bei Kindern frühzeitig gesundheitsbewusstes Ernährungsverhalten fördern.

Flankierende pädagogische Maßnahmen im Unterricht, Aktionstage oder Bauernhofbesuche sollen den Kindern zudem eine Vielfalt an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nahebringen. „Darüber hinaus sollen Kinder in diesem Zusammenhang auch auf die Themen gesunde Essgewohnheiten, Vermeidung von Lebensmittelabfällen, lokale Nahrungsmittelproduktionsketten oder ökologischen Landbau aufmerksam gemacht werden“, so das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Das Programm kann durch die Verwendung regionaler Produktionsspitzen (Gurkenschwemme, klein sortierte Äpfel) ganz konkret auch dazu beitragen, Lebensmittelverschwendung zu reduzieren.

Aktuell zwingen uns der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine und vor allem weiterhin die Klimakrise, die Erzeugung und Versorgung mit Lebensmitteln neu zu überdenken. Unser Ernährungssystem steht vor enormen Herausforderungen in Hinblick auf Gesundheits-, Tier- und Umweltschutz sowie Ernährungssicherheit. Deshalb ist es ein wichtiges Anliegen sowohl der Bundesebene als auch der Stadt Hamburg, den Ökolandbau auszubauen. Auf dieses Ziel arbeitet Hamburg auch bereits mit seiner Teilnahme am Biostädte-Netzwerk hin.

Um eine Versorgung mit Bio-Lebensmitteln zu fördern, bedarf es verlässlicher Absatzmärkte. Hierzu können auch öffentlich finanzierte Einrichtungen wie zum Beispiel Kitas und Schulen beitragen. Hamburg betreibt darüber hinaus für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit leistungsfähiger, landwirtschaftlicher Betriebe eine gezielte Agrarförderpolitik, die fest an Verbesserungen relevanter Bereiche wie Klima- und Umweltschutz geknüpft ist. Da dies zentraler Teil des Koalitionsvertrags der Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN ist, ist zu prüfen, ob unter Einhaltung der Rahmenbedingungen des EU-Schulprogramms Bio-Produkte aus der Region in den Schulen verstärkt ausgegeben werden können. Das würde vielen Kindern einen Zugang zu Bio-Lebensmitteln sowie Wissen über deren Herkunft und Produktion ermöglichen.

Zudem ist das EU-Schulprogramm eine hervorragende Möglichkeit, um zur Gesundheitsförderung unserer Kinder beizutragen, soziale Ungleichgewichte abzufedern und zudem eine Brücke zu schlagen zu den für Hamburg vereinbarten Zielen einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE). Im Rahmen des UNESCO-Programms „BNE 2030“ werden die prioritären Handlungsfelder beschrieben. Eine Priorität ist die „Ganzheitliche Transformation von Lern- und Lehrumgebungen“. Das bedeutet „Lerneinrichtungen sollen sich auch institutionell in allen Bereichen ihres Betriebs an Nachhaltigkeitsprinzipien orientieren und verstärkt Interaktionen von formalem, non-formalem und informellem Lernen fördern.“ (vergleiche www.bne-portal.de). Die mit dem EU-Schulprogramm verpflichtend durchzuführenden begleitenden, pädagogischen Maßnahmen passen damit hervorragend zu den in Hamburg vorgesehenen BNE-Maßnahmen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. das EU-Schulprogramm für das Schuljahr 2023/2024 an Hamburger Grundschulen einzuführen und ein geeignetes Finanzierungs- und Vergabekonzept zu entwickeln.
2. zur Umsetzung flankierend ein attraktives pädagogisches Rahmenprogramm mit Unterrichtsaktivitäten zu den Themen gesunde Essgewohnheiten, Vermeidung von Lebensmittelabfällen, lokale Nahrungsmittelproduktionsketten und ökologischer Landbau zu gestalten.
3. im Rahmen der EU-Vorgaben für das Schulprogramm darauf hinzuwirken, bei der Umsetzung vor Ort an den Schulen den Einsatz von regionalen Bio-Produkten zu stärken.
4. erstmalig zum 31.10.2024 über die Umsetzung des Projekts zu berichten und dabei darzustellen, welche Schulen am Programm teilgenommen haben und wie die Etablierung vor Ort und mit den Schulgemeinschaften erfolgt ist. Hierbei möge berichtet werden, wie eine Stärkung regionaler Bio-Produkte konkret erreicht werden konnte und wo gegebenenfalls noch Herausforderungen bestehen.